* In der am Donnerstag unter dem Vorsitz des Staatsministers, Staatssecretairs des Innern v. Bötticher abgehaltenen Plenarsitzung beschloß (wie wir heute ausführlicher melden) der Bundesrath, dem vorgelegten neuen Entwurf eines Gesetzes, betreffend die Besteuerung des Zuckers, die Zustimmung zu ertheilen, dagegen den vom Reichstag angenommenen Gesetzentwurf über denselben Gegenstand abzulehnen. Von den mit der englischen Regierung vereinbarten Erklärungen über die Abgrenzung der deutschen und englischen Machtsphären und die gegenseitigen Handels- und Verkehrsfreiheiten in den deutschen und englischen Besitzungen und Schutzgebieten im westlichen stillen Ocean nahm die Versammlung Kenntniß, erklärte sich mit dem Abschluß einer Uebereinkunft mit Großbritannien zum gegenseitigen Schutz der Rechte an Werken der Literatur und Kunst einverstanden und übergab die Beschlüsse des Reichstags zu der allgemeinen Rechnung über den Reichshaushalt für das Etatsjahr 1881/82 dem Ausschuß für Rechnungswesen, den Antrag Preußens wegen des Erlasses eines Gesetzes über die Pflichten der Handelsmakler den Ausschüssen für Justizwesen und für Handel und Verkehr zur Vorberathung. Hierauf wurde die Wahl von Mitgliedern des Curatoriums der Reichsbank vorgenommen. Eine Eingabe des Präsidiums des 3. Vereinstages deutscher Münzforscher zu Dresden und eine Eingabe des Ausschusses des internationalen Transport-Versicherungs-Verbandes zu Berlin, betreffend die Aenderung der Bestimmungen über den Verkehr mit Sprengstoffen auf Wasserstraßen, wurden dem Herrn Reichskanzler überwiesen. Einem Vorschlage des Herrn Reichskanzlers entsprechend wurde beschlossen, daß die Münzstätten, insoweit die zur Ausprägung von Einpfennigstücken nothwendigen Plättchen von ihnen hergestellt werden, für die Anfertigung derselben eine näher angegebene Vergütung erhalten. Einer Eingabe wegen Aufnahme des neuen Medicaments Ichthyol in die Pharmacopöe wurde keine Folge gegeben. Dem Antrage der Ausschüsse für Zoll- und Steuerwesen und für Handel und Verkehr, betreffend die Abänderung des Begleitschein-Regulativs und die Einführung einheitlicher Formulare zu Begleitscheinen wurde zugestimmt. Endlich gelangten Gesuche wegen Zulassung von Ausnahmen von den gesetzlichen Vorschriften über Einrichtung der Anlagen zur Anfertigung von Zündhölzern zur Erledigung.

* Die polnischen Zeitungen fahren fort, dem Gefühl der Trauer Ausdruck zu geben, daß die neueste kirchenpolitische Gesetzgebung bei den Polen hervorgerufen hat. So äußert sich die „Gazeta Narodowa", wie folgt:

Man hat soeben die Polen in Posen aufgegeben; es hat sie Herrn v. Bismarck auf Gnade und Ungnade überantwortet. Die Abstimmung im preußischen Abgeordnetenhause über das politisch-religiöse Gesetz ist in den Annalen unseres Martyriums ein neues Blatt; ein sehr schmerzliches, weil sich auf ihm eine Täuschung verzeichnet findet, welche wir von einer Seite erfahren haben, von der Niemand in Polen eine solche erwartete.

In ähnlichem Sinne äußern sich der „Kurjer Poznanski" und der „Dziennik Poznanski":

„Die Grundsätze der göttlichen Wahrheit", sagt Letzterer, „die von der katholischen Kirche vertreten werden, werden für uns immer heilig und unantastbar bleiben. Aber was die weltliche Politik der Repräsentanten der Kirche anbetrifft, so steht uns die absolute Freiheit zu, unsere Meinung über dieselbe zu äußern und sie nach ihrem wahren Werth zu schätzen; nichts kann uns diese Freiheit nehmen, weder die religiösen Dogmen, noch die Vorschriften der Kirche. Nichts kann uns ferner hindern, unser Bedauern über die Wege auszusprechen, welche die römische Curie thatsächlich verfolgt, und über die Niederlage, die Rom unter dem Schein eines Sieges erlitten hat."

Dazu bemerkt die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung":

Wenn die polnische Presse mit dieser Unterscheidung zwischen den göttlichen Geboten und der weltlichen Politik der Kirche eine Verschleierung des wirklichen Sachverhaltes herbeizuführen zu können glaubt, so muß ihr Urtheilsvermögen unter dem Zorn, in welchen sie die jüngsten Vorgänge auf kirchenpolitischem Gebiet versetzt hat, doch bereits erheblich gelitten haben. Wer in aller Welt wird sich durch derartige Phrasen irreführen lassen? Die Sache liegt für Jedermann deutlich zu Tage. Der polnische Adel hat die katholische Religion stets gemißbraucht; er hat sich ihrer lediglich bedient, um Einfluß auf den polnischen Bauer zu gewinnen, um denselben dem Ziele der polnischen Propaganda dienstbar zu machen. Ohne den Culturkampf war ihm dies nicht möglich; denn er konnte die Bauern gegen den Staat nur verhetzen, indem er den letzteren als den Feind der katholischen Kirche hinstellte. Jetzt fürchtet der Adel, daß es den Bauern klar werden wird, welch' frevelhaftes Spiel mit ihnen getrieben worden ist, und daß es mit seinem Einfluß, folgeweise also auch mit seinen revolutionairen Bestrebungen zu Ende sein wird. Daher die Thränen, die die polnischen Seigneurs und ihre Presse über die Beendigung des Culturkampfs weinen.

* * *

* In dem soeben erschienenen, „im Auftrage der k. k. Statthalterei für Böhmen auf Grund amtlicher Daten verfaßten" Ortsverzeichniß des Königreiches Böhmen finden sich folgende Czechisirungen deutscher Ortsnamen: Bertsdorf heißt Sucha, Christofsgrund heißt Grunt, Althabendorf heißt Habendorf Stary, Langenbruck heißt Dlouhomostí, Röchlitz heißt Rochlice, Maffersdorf l. N. heißt Maffersdorf na levem brechu Nisy, Maffersdorf r. N. heißt Bratislavice, Schimsdorf heißt Simonovice, Johannesberg heißt Hensberg, Josefsthal heißt Josefsdol, Kukan heißt Kokonin, Proschwitz heißt Proskovice, Radl heißt Radlo, Reinowitz heißt Rynovice, Tschernhausen heißt Cernousy.

* Das ungarische Abgeordnetenhaus hat die Landsturmvorlage erledigt. Die heftigste Debatte entwickelte sich beim §. 6, welcher die zur Dienstleistung einberufenen Landsturmmänner der Militair-Strafjustiz unterstellt. Das ungarische Abgeordnetenhaus konnte sich nicht entschließen, die beantragte Resolution anzunehmen, durch welche die Regierung aufgefordert wurde, noch in der laufenden Reichstags-Periode den Entwurf einer Militair-Strafproceß-Ordnung zur verfassungsmäßigen Behandlung vorzulegen.

* In Posen wird eine lebhafte Agitation gegen den Besuch deutscher Bäder betrieben. Der „Posener Zeitung" wird darüber aus Warschau geschrieben: „Fast die gesammte polnische Presse richtet an das Publicum angesichts der bevorstehenden Reisesaison die Aufforderung, nicht nach den deutschen Badeorten zu reisen. Dies sei, so heißt es ungefähr in dem Artikel, nicht nur als Revanche für die Unterdrückung des polnischen Elements in Deutschland, sondern auch aus rein praktischen Gründen geboten; es könne nämlich jeden polnischen Curgast die Ausweisungsordre treffen und damit eine recht unliebsame und der Gesundheit schädliche Unterbrechung der Cur. Kissingen, Ems, Landeck, Reinerz 2c., welche alljährlich eine große Anzahl polnischer Curgäste beherbergen, ließen sich leicht durch die eine gleiche Wirkung erzielenden polnischen, galizischen und böhmischen Badeorte ersetzen, zumal, da die Reise- und Curkosten billiger seien. Daß an dem Erfolg der publicistischen Rathschläge nicht gezweifelt wird, beweisen einerseits die umfangreichen Vorbereitungen der polnisch-galizischen Bäder-Verwaltungen behufs Aufnahme des erwarteten größeren Zustroms von Badegästen, andererseits die ernsten Befürchtungen, die sich bei den Verwaltungen der deutschen Bäder geltend machen. So haben Magistrat und Polizeidirection von Landeck in Schlesien an die Redactionen hiesiger Blätter eine in polnischer Sprache abgefaßte Erklärung versandt, die in deutscher Uebersetzung wie folgt lautet:

„Es hat sich das Gerücht verbreitet, als hätten die Polen russischer Unterthanenschaft, die im Laufe dieses Sommers preußische Bäder zu besuchen beabsichtigen, verschiedene Unannehmlichkeiten zu befürchten. Wir erklären hiermit amtlich, daß diese Gerüchte jeder Begründung entbehren, daß die Behörden Verfügungen irgend welcher Art in dieser Hinsicht nicht erlassen haben und daß die Badegäste aus Polen und Rußland unsere Badeorte nach wie vor unbehelligt und unbesorgt besuchen dürfen."

Diese Erklärung wird dem Publicum durch die polnische Presse zwar nicht geradezu vorenthalten, doch wird ihre Bedeutung durch allerlei tendenziöse Beweisführung möglichst abgeschwächt."

* Im Trentino wurden bisher vom italienischen Schulverein „Pro Patria" acht Ortsgruppen gebildet, nämlich in Ala, Borgo, Strigno, Condino, Levico, Mezzolombardo, Cles und Nago-Torbole. Bezüglich der Vereinigung der liberalen und der klerikalen Italiener des Trentino ist ein allgemein interessanter Zeitungskampf zwischen der liberalen Mailänder „Perseveranza" und der „Voce Cattolica" entbrannt. Die „Perseveranza" machte nämlich die Treibereien der Nationalen im Trentino gegen die deutschen Schulen folgendermaßen lächerlich: „Herr Weitlof hat ganz recht, wenn er behauptet, daß das Italienische vom Slaventhum unterdrückt wird, während dies im Gegentheile vom Deutschthum nicht zu befürchten sei. Es ist daher geradezu unbegreiflich, warum die Italiener im Trentino jene Vortheile zurückweisen wollen, die ihnen von der Regierung durch deutschen Schulunterricht, zu welchem überdies Niemand gezwungen wird, geboten werden. Wir würden es eher für verständig halten, wenn man mit beiden Händen zugriffe, das Deutsche, welches ja Weltsprache ist und für die österreichische Monarchie unter allen anderen Sprachen die hervorragendste Wichtigkeit und Bedeutung hat, bequem erlernen zu können. Uebrigens Diejenigen, welche am meisten gegen die angebliche Germanisation schreien, sind die Klerikalen; und nicht so sehr, glauben wir, aus nationaler Begeisterung, sondern weil mit der deutschen Sprache und mit der deutschen Cultur im Trentino ein Licht eindringt, welches ihnen sehr unangenehm ist." Die „Voce Cattolica" erhebt nun gegen diese treffenden Bemerkungen des Mailänder Blattes im Vereine mit dem „Osservatore Cattolico" ein großes Geschrei. „Wir kennen Euch", ruft sie aus, „und beurtheilen Euch als das, was Ihr seid. Ihr glaubt an Luther und an Kant und opfert diesen Götzen Nationalität, Italien und die Kirche. Wir glauben an Jesum Christum, gehorchen dem Papste und rufen mit dem Papste: „Hinaus mit dem Eindringling!" (Fuori lo straniero!) Denn wir wissen, daß der Eindringling nicht das deutsche Heer ist, wohl aber der deutsche Geist, die deutsche Cultur, das Licht des Freimaurerthums."

* Dem Pariser „Figaro" ist schon öfter das Mißgeschick widerfahren, daß er aus Unachtsamkeit oder mangelndem Tactgefühl Artikel aufgenommen hat, die der Sache, der er zu nützen gedachte, den größten Schaden zufügten. So veröffentlicht er auch jetzt ein Schreiben aus Anam, in welchem über die militairischen Maßregeln berichtet wird, die die französische Regierung nach der Niedermetzelung zum Christenthum bekehrter Anamiten ergriffen hat. Es wurde eine Expedition unter Befehl des Obersten Mignot nach jenen Gegenden abgesandt, über deren Thätigkeit der „Figaro" mit größtem Wohlgefallen Folgendes berichtet:

Die Missionare marschirten immer an der Spitze der Colonnen. Oberst Mignot, der einzig und allein wegen seines starken Stotterns den Beinamen Gaga führt (ein Wort, das gewöhnlich zur Bezeichnung der vorgeschrittenen Altersschwäche gebraucht wird), sagte oft, wenn er von den Missionaren sprach: „Diese guten Väter treiben wirklich etwas Mißbrauch damit, daß ich aus einer klerikalen Familie stamme." Diese guten Väter waren vortreffliche Führer für die Colonnen. Pater P. war immer zu Pferde und trug stets den Revolver am Gürtel. Ein anderer, Pater T., sagte eines Tages zum Commandanten der Colonne: „Sie mögen machen, was Sie wollen, Oberst, aber für den Major Gregoire — ein prächtiger, aber etwas überspannter Mann — und mich gilt nur eine Verhaltungsregel: wir schneiden zuerst den Empörern die Köpfe ab, und dann stellen wir ein Verhör mit ihnen an." — „Teufel", sagte der Oberst Mignot, „wie fangt Ihr das an? Das müssen ja sprechende Geköpfte sein!" . . . . Das Endergebniß dieser Expedition war, daß Alles mit Feuer und Schwert vernichtet wurde. Heute ist das ganze Land verwüstet und zu Grunde gerichtet. Nichts ist übrig geblieben als die Christen, die den Metzeleien des vorigen Jahres entgangen waren. Sie waren es auch, die der Expedition als Führer dienten. Es war eine furchtbare Wiedervergeltung. Das ganze Thal des Son Luian von der Mündung bis 60 Kilometer aufwärts ist durch Feuer verwüstet worden; ebenso das Land zu beiden Seiten der von Binh nach Tuenirh führenden Mandarinenstraße. Die im vorigen Jahre gemordeten 24,000 katholischen Anamiten sind gerächt.

Der „Intransigeant" hat Recht, wenn er das eine „entsetzliche Erzählung" nennt. Und wenn sie noch allein dastände! Aber auch zur Zeit des Tonkinkrieges meldeten vereinzelte Berichte, so Briefe des dafür gemaßregelten Lieutenants Loti, von ebenso bedauerlichen als nutzlosen Grausamkeiten, die auf die Art der französischen Kriegsführung ein trauriges Licht werfen.

* Die gegen die Einführung einer Homerule-Regierung gerichtete Bewegung unter der protestantischen Bevölkerung im Nordwesten Irlands scheint an Boden zu gewinnen. Depeschen aus Ulster melden, daß ein Bund mit über die ganze Provinz reichenden Zweigvereinen in der Bildung begriffen sei, welcher die Beschaffung von Gewehren und die Ausbildung von Loyalisten in militairischen Uebungen bezweckt, um der Einführung der Homerule-Regierung gewaltsamen Widerstand entgegenstellen zu können. Wie die „World" erfährt, ist die Bildung einer Unionliga im Gange, deren Mitglieder sich verpflichten, weder den Anordnungen der neuen irischen Regierung Folge zu leisten, noch Steuern zu zahlen. Man erwartet, daß sich die gesammte protestantische Bevölkerung von Ulster der Liga anschließen wird. Im „Belfast News Letter" wird in einem Inserat zu Angeboten für die Lieferung von 20,000 Snidergewehren in gutem Zustande, mit Messern oder Bajonetten, aufgefordert. Dieselben sind in Partien vor dem 1. Juni an gewissen Stationen der Northern Counties Eisenbahn abzuliefern. Die Annonce trägt die Unterschrift: „Wachsamkeitsausschuß". — Im Unterhause erklärte übrigens kürzlich der Staatssecretair des Krieges, Bannerman, es für gänzlich unbegründet, daß Lord Wolseley — wie es die „Pall Mall Gazette" vor einigen Tagen gemeldet hatte — jemals in einer Rede auf die in Ulster stattfindende Bewegung hingewiesen habe.

* Die Beziehungen zwischen der Regierung von Victoria und dem englischen Colonialamte werden wiederum etwas gespannt, und zwar in Folge der von Lord Granville und Lord Rosebery angenommenen Haltung in Bezug auf die vorgeschlagene Annexion der Neu-Hebriden seitens Frankreichs. Am 24. März wurde die nachstehende, in starken Ausdrücken gehaltene Depesche von Herrn Gillies, dem Premierminister von Victoria, an Herrn Murray Smith gerichtet, der zu dieser Zeit Generalagent jener Colonie war: „Der heutige „Age" constatirt, daß englische Politiker die Abtretung der Neu-Hebriden an Frankreich begünstigen, unter der Bedingung, daß keine Sträflinge dorthin gebracht werden, daß die Generalagenten keine Hoffnung haben, diesen Vorschlag erfolgreich zu bekämpfen, und privatim überzeugt sind, daß Frankreich siegen werde. Kann dieser Eindruck vorherrschen? Die Colonien können dagegen nicht stärker protestiren, als sie dies gethan haben. Sicherlich müssen deren Interessen und Wünsche bei England mehr gelten als französische Vergrößerung. Das Gefühl in den Colonien ist, daß, wenn Deutschland oder Frankreich mit ihren eigenen Unterthanen Australien bevölkert hätten, keines derselben es dulden würde, daß eine fremde Macht irgend eine der Inseln — und am allerwenigsten die Neu-Hebriden — mit Beschlag belegt. Was würde es nützen, von einer Reichsföderation zu sprechen gegenüber einer Handlung, die stärker als irgend eine Sprache verächtliche Gleichgültigkeit für unsere Wünsche und künftigen Aussichten bekundet? Sollte die englische Regierung nachgeben und gestatten, daß die Neu-Hebriden genommen werden, dann wird Australien sie sicherlich zurücknehmen, wenn es dazu im Stande ist. (gez.) D. Gillies." Hr. Murray Smith erhob dagegen Einwand, eine solche Depesche überreichen zu müssen, es wurde ihm aber kurz gesagt, seinen Auftrag zu erfüllen, und ferner ward er angewiesen, „eine ausführliche Antwort darüber zu verlangen, was der wirkliche Grund sei, weshalb Frankreich eher als diese Colonien die Neu-Hebriden haben solle."

* Wie aus Tokio berichtet wird, sind die Verhandlungen, betreffend die Revision der bestehenden Handelsverträge zwischen Japan und den europäischen Staaten seitens des dortigen Ministeriums der auswärtigen Angelegenheiten, welche längere Zeit unterbrochen waren, kürzlich wieder aufgenommen worden.

* Ein sich als General-European-Agent bezeichnender E. Kohn in Antwerpen versendet, wie die „Post" schreibt, nach Deutschland gedruckte Circulaire, in denen er den Empfängern für die Zuweisung von Landkäufern für eine Colonie „Neu-Sachsen" im Staate Texas die Zahlung namhafter Provisionen verspricht. „Den Circulairen sind Flugblätter zur Verbreitung beigefügt, in welchen die Verhältnisse der neuen Colonie in den glänzendsten Farben geschildert werden. Wir hoffen, daß in Deutschland sich Niemand bereit finden lassen wird, zu diesem Menschenhandel seine Hand zu bieten. Nachdem neuerdings von den verschiedensten Seiten, u. A. in sächsischen Blättern von Auswanderern, welche den Anpreisungen von Agenten und ihren Flugblättern Glauben geschenkt hatten, vor der Auswanderung nach Texas und namentlich auch noch der projectirten Colonie „Neu-Sachsen" gewarnt worden ist, steht zu hoffen, daß der in den Circulairen des p. Kohn ausgesprochene Wunsch, daß seine „Geschäftsverbindung" nach Deutschland eine „recht belangreiche werden möge", nicht in Erfüllung gehe. Jedenfalls erscheint es angezeigt, Auswanderungslustige vor diesem Treiben dringend zu warnen."

* Die Chicagoer Polizei will Beweise erlangt haben, daß die Anarchisten den Plan geschmiedet hatten, eine möglichst große Polizeimacht auf einen Punct zu ziehen, um sie vermittelst Dynamits und anderer Waffen zu vernichten. Wäre die Absicht gelungen, so würde man darauf zur Brandstiftung und Plünderung geschritten sein. Nur das tapfere Verhalten der Polizei und einige wider Erwarten eingetretene Zufälle vereitelten den höllischen Plan. — Die Legislatur des Staates New-York genehmigte das Gesetz, welches die New-Yorker Polizei um 500 Mann vermehrt.

Zur parlamentarischen Lage.

** Berlin, 14. Mai. Das Branntweinsteuergesetz dürfte wahrscheinlich in der morgigen Plenarsitzung des Bundesrathes erledigt werden. Es wird bestimmt erwartet, daß es am Montag bereits den Reichstagsabgeordneten zugeht. Das Gesetz über die Besteuerung des Zuckers ist bereits heute Abend zur Vertheilung gelangt; am Montag stehen nur Petitionen auf der Tagesordnung des Reichstags, aber am Dienstag steht jedenfalls der Entwurf über die Zuckerbesteuerung zur ersten Lesung. Beide Gesetze werden, wie mit Sicherheit anzunehmen ist, commissarischer Berathung überwiesen werden, gleichwohl ist es nicht ausgeschlossen, ja sogar wahrscheinlich, daß die Reichstagssession bis Pfingsten ihr Ende erreicht.

Der preußische Landtag wird allerdings in Folge der durch das Lehreranstellungsgesetz für Posen und Westpreußen bedingten Verfassungsänderung bis Ende Juni versammelt sein. Am 5. Juni soll die vorgeschriebene zweite Abstimmung über das genannte Gesetz im Abgeordnetenhause stattfinden, und noch an demselben Tage oder spätestens am 6. wird das Gesetz im Herrenhause — wo es inzwischen auch einer Commission überwiesen ist — berathen. Es wird von keiner Seite daran gezweifelt, daß hier in einer Sitzung die Annahme in Uebereinstimmung mit dem anderen Hause erfolgt. Am 26. oder 27. Juni würde alsdann die erforderliche zweite Abstimmung vorzunehmen sein und unmittelbar darauf der Schluß des Landtags eintreten. Die westfälische Kreis- und Provinzialordnung, die nassauische Städteordnung, das Communalsteuergesetz für die Officiere — welches heute von der Commission angenommen wurde —, das Gesetz über die Beseitigung der schwebenden Schuld und einige kleinere Vorlagen kommen jedenfalls noch in beiden Häusern zur Erledigung, dagegen dürfte wohl die Canalvorlage auch für diese Session als gefallen anzusehen sein.

Neue Vorlagen sind nunmehr nicht mehr zu erwarten, der Entwurf über die Unfallversicherung für Seeleute kommt jedenfalls erst in der nächsten Session an den Reichstag. Der von zahlreichen Abgeordneten verschiedener Parteien eingebrachte Entwurf wegen des Verkehrs auf Kunststraßen wird jedenfalls noch — ohne Commissionsberathung angenommen. Im Uebrigen wird auch kein Initiativantrag mehr für diese Session in Aussicht genommen, dagegen verlautete heute, daß eine Interpellation vorbereitet werde wegen der gestern Abend veröffentlichten Ministerialverordnung über die Aufhebung des freien Versammlungsrechts in Berlin.

---

* Nachdem die „Novelle zu dem Reichs- und Militairpensions-Gesetze zu Stande gekommen und Aussicht auf eine Verständigung über die Communalbesteuerung der Officiere vorhanden ist, erübrigt noch die Regelung der Relictenversorgung für Militairs. Man wird nach der befriedigenden Lösung der bezeichneten Frage sich der bestimmten Hoffnung hingeben dürfen, daß auch der letzte der noch ungelöst bleibenden Puncte in der laufenden Session des Reichstages zu einem befriedigenden Abschluß gebracht werden wird.

NLC. Berlin, 14. Mai. Am Montag wird der Reichstag seine Arbeiten wieder aufnehmen. Wann die Session wird geschlossen werden können, entzieht sich noch jeder Berechnung. Angenommen, daß der Reichstag, außer der Branntwein- und Zuckersteuer, mit neuen wichtigen Vorlagen seitens der Regierung nicht befaßt wird und daß der Branntweinsteuerentwurf ihm gleich beim Wiederzusammentritt zugeht, würde doch sicherlich die nächste Woche vorübergehen, bevor die commissarische Berathung des letzteren in Angriff genommen werden könnte. Die Dauer dieser Berathung wird ganz davon abhängen, ob von vornherein eine der Regierungsvorlage geneigte Mehrheit vorhanden, mit anderen Worten: ob das Centrum das Gesetz zu Stande bringen zu helfen entschlossen ist. Im Augenblick herrscht darüber noch vollständiges Dunkel, auch im günstigsten Falle aber würde die Commission für eine gewissenhafte Einzelprüfung eines in so zahlreicher und so mannigfaltiger Gewerbsinteressen eingreifenden Gesetzes mindestens zwei Wochen bedürfen. Demnach würde die Vorlage frühestens am 7. Juni zur zweiten Plenarberathung gelangen können. Die dann noch übrig bleibenden 5 Tage möchten für die zweite und dritte Lesung im Plenum mit knapper Noth genügen, vorausgesetzt immer, daß eine feste Mehrheit für das Gesetz bestände. Sobald diese Voraussetzung wegfällt, entfällt unseres Erachtens auch die Möglichkeit des Sessionsschlusses vor Pfingsten, es sei denn, daß sich, was wir nicht annehmen, die Regierungsvorlage gleich im Anfange der parlamentarischen Berathung als aussichtslos erweise. Unter diesen Umständen ist der Blick auf die nächsten Wochen für die Mitglieder des Reichstags gewiß kein erfreulicher. Nichtsdestoweniger muß verlangt werden, daß unsere Volksvertretung auch unter so ungünstigen Verhältnissen ihre Pflicht thue. Andererseits ist es aber jetzt an der Zeit, einmal darauf hinzuweisen, daß diese Pflicht vernunftgemäßerweise auch ihre Grenzen hat. Wir haben an dieser Stelle gleich anfangs, als die Absicht der Wiederaufnahme der Branntweinsteuerreformfrage noch in dieser Session bekannt wurde, ein solches Verfahren für durchaus zweckmäßig gehalten, vorausgesetzt, daß die Regierung in so kurzer Zeit eine reiflich erwogene Vorlage zu machen in der Lage sei. Dieser Ansicht sind wir noch heute; schon die Verderblichkeit einer längeren Fortdauer der Branntweinsteuer-Agitation nach bekanntem Muster mahnt zum möglichst baldigen Abschluß dieser Angelegenheit. Außerdem ist eine anderweite Erledigung der Zuckersteuerfrage eine unbedingte Nothwendigkeit. Diesen beiden Aufgaben wird sich der Reichstag im gegenwärtigen Augenblick nicht entziehen dürfen. Dagegen wird es kein Mensch der Mehrheit der Mitglieder verargen können, wenn dieselbe einer weiteren Inanspruchnahme durch „Anträge aus dem Hause" einen hartnäckigen Widerstand entgegensetzt. In der Presse sind während der Ferien große staatsrechtliche Actionen der Deutschfreisinnigen und der Socialdemokraten in Aussicht gestellt worden. Wir denken, wenigstens die Ersteren werden von „schleunigen Anträgen" im entscheidenden Augenblicke doch wohl Abstand nehmen. Dagegen werden Herr Ackermann und seine Freunde sich das Vergnügen einer weiteren Gewerbeordnungsdebatte nicht versagen wollen. Für diesen Fall erlauben wir uns, ein beschlußunfähiges Haus bei den betreffenden Berathungen unter den gegenwärtigen Umständen für vollkommen berechtigt zu halten, wie uns denn überhaupt die Klage über „fortwährende Beschlußunfähigkeit des Reichstags" im Allgemeinen wenig begründet erscheint. Der Fehler liegt nicht am Reichstage, sondern an der zu hohen Beschlußfähigkeitsziffer.

Preußischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

74. Sitzung vom 14. Mai.

(Schluß zu dem Berichte aus voriger Nummer.)

Es folgt die erste Berathung des Entwurfs, betr. die Beseitigung der schwebenden Schuld von 30 Millionen Mark.

Der Entwurf bestimmt in § 1, daß zur Beseitigung der schwebenden Schuld des preußischen Staates von 30 Millionen Mark eine Anleihe durch Veräußerung eines entsprechenden Betrages von Schuldverschreibungen aufzunehmen ist.

Abg. Dr. Mithoff (nat.-lib.) beantragt Ueberweisung der Vorlage an die Budgetcommission.

Abg. Frhr. v. Minnigerode (cons.) schließt sich diesem Antrage an und führt eine Reihe von Gesichtspuncten an, nach denen die Commission bei Beurtheilung der Vorlage zu entscheiden haben würde.

Minister v. Scholz: Da eine Commissionsberathung ja sicher zu erwarten ist, kann ich mich kurz darauf beschränken, den Standpunct der Regierung zu begründen. Ich habe, seit ich im Amte bin, jede Ausgabe von Staatsanweisungen zur Deckung der schwebenden Schuld vermieden — ich hätte dies nach Lage der Verhältnisse nur thun können, wenn ich regelmäßig am Verfalltage der 30 Millionen Schatzanweisungen sofort wieder neue Schatzanweisungen in gleicher Höhe ausgegeben hätte — wir wären dann in eine Knechtschaft der Börse gegenüber gerathen, die für die Finanzen sehr nachtheilig gewesen wäre. (Sehr richtig! rechts.) Ich bin sehr gern bereit, in der Commission den Beweis zu vervollständigen, daß wir in den Betriebsfonds nicht die Mittel zur Deckung der schwebenden Schuld finden, und daß daher das in dieser Vorlage vorgeschlagene Mittel zur Deckung der schwebenden Schuld von 30 Millionen Mark das empfehlenswertheste ist.

Abg. Büchtemann (freis.): Der Minister hat ausgeführt, daß die schwebende Schuld nicht durch Schatzanweisungen gedeckt worden ist und zwar mit Rücksicht auf die Stellung zur Börse. Ja, dann muß sie doch aber auf andere Weise und zwar durch die frühzeitige Inanspruchnahme der Eisenbahncredite gedeckt worden sein, und diese Eisenbahncredite sind doch jedenfalls theurer geworden, als es bei den Schatzanweisungen der Fall gewesen wäre. Jedenfalls wird eine genaue Auskunft hierüber seitens der Regierung in der Commission zu geben sein. Es wird dort auch nachgewiesen werden müssen, weshalb man von dem bisherigen Verfahren abweichen will. Auch ich kann daher nur die Commissionsüberweisung der Vorlage dringend befürworten.

Abg. v. Benda (nat.-lib.): Die Vorlage hat erstlich den Zweck, eine alte Kriegsschuld zu fundiren, die wir seit 20 Jahren durch die Etats durchschleppen. Und nun, da die Regierung dies thun will, liegt doch kein Grund vor, ihr dabei im Wege zu sein. Der zweite Zweck ist die Verstärkung des Betriebsfonds — eine solche ist, wo sie nöthig ist, keine Belastung, sondern eine Erleichterung des Staates. Auch ich stimme dem Antrage auf Commissionsüberweisung zu.

Abg. Dr. Meyer-Breslau (freis.): Ich bin der Meinung, daß es sich hier gar nicht um eine Vorlage ersten Ranges, sondern um eine mehr technische Frage handelt. Ich muß aber bestreiten, daß das Bestehen einer schwebenden Schuld von 30 Millionen Mark eine Belastung der Staatsfinanzen ist. Es überrascht mich, daß heute die Bestände der Staatscassen als so gering bezeichnet werden, nachdem der Finanzminister vor Kurzem noch erklärt hat, „so viel Geld zu besitzen, daß er es gar nicht unterbringen könne". Wenn der Finanzminister dann gemeint hat, er hätte Schatzanweisungen nicht ausgegeben aus Furcht vor der Börse, so erinnert mich das an den Mann, der sich aus Furcht, er könne einmal erschossen werden, ins Wasser wirft. Furcht vor der Börse braucht man gegenwärtig, wo das Geldangebot ein so großes ist, doch wahrlich nicht zu haben. Jedenfalls glaube auch ich, daß die Commission eine große Reihe von Fragen dieser Vorlage gegenüber wird aufzuwerfen haben.

Minister v. Scholz: Ich muß dem Vorredner doch erwidern, daß ich eine schwebende Schuld, zu deren Deckung man nicht die Mittel besitzt, für etwas keineswegs Gesundes halte. Was die Vermehrung der Betriebsfonds betrifft, so erinnere ich daran, daß ich bei jeder Etatseinbringung die Nothwendigkeit der Erhöhung der Betriebsmittel in baldige Aussicht gestellt habe. Auch habe ich niemals mich darüber beklagt, zu viel Geld zu besitzen — ich habe nur gelegentlich der Lotterie-Debatte gesagt, daß ich, wenn ich einmal Ueberschüsse habe, diese sofort zinsbar anzulegen suche. Es liegt der Regierung ganz fern, sich durch diese Vorlage die Mittel zur Beschaffung vom Hause abgelehnter Betriebsmittel zu verschaffen — es ist das eine Unterstellung, die ich entschieden zurückweisen muß.

Die Discussion wird hierauf geschlossen und die Vorlage an die Budgetcommission verwiesen.

Damit ist die Tagesordnung erledigt.

Nächste Sitzung: Sonnabend 11 Uhr.

Tagesordnung: Kreis- und Provinzialordnung für Westfalen.

Schluß 3¼ Uhr.

Vermischtes.

— Berlin, 15. Mai. Die Vorbereitungen zur Jubiläumsausstellung der bildenden Künste in Berlin sind nun soweit vorgeschritten, daß die Eröffnung endgiltig auf den 23. d. M. hat festgesetzt werden können. Aller Voraussicht nach wird, wenn nicht der Kaiser in eigener Person, so doch in seiner Stellvertretung unser Kronprinz dem Eröffnungsacte beiwohnen. Das „Centralblatt der Bauverwaltung" fährt in seiner neuesten Nummer mit der Beschreibung der baulichen Veranstaltungen auf dem Ausstellungsplatze fort und erläutert dieselben u. A. durch eine meisterhafte Holzschnittdarstellung des Olympia-Tempels und des Obelisken. Nach Mittheilung des Blattes war es der Gedanke der königlichen Bauräthe Kyllmann und Heyden, bei den Behörden den Antrag zu stellen, ihnen einen Theil des Landesausstellungsparks zu überlassen, um gemeinsam mit dem Verein Berliner Künstler und einigen Kunstfreunden diejenigen Bauten und Anlagen auszuführen, welche dem früher so genannten „nassen Dreieck" den Namen des classischen erworben haben. Außer dem erstErwähnten Tempelbau ist nach unmittelbaren Plänen der rühmlichst bekannten Architektenfirma noch ein Haus für „Dioramen" und ein naturgroßes Modell des vielbesprochenen Denkmal-Obelisken erbaut worden. In äußerst sinniger Weise sind die bedeutungsvollen bildnerischen Funde, wie unsere Tage sie einestheils dem geweihten Boden von Elis und andererseits dem Kleinasiens haben entsteigen sehen, an dem großen Tempelbau gleichzeitig zur Ansicht gebracht. Der Unterbau, auf dem sich die Tempelhalle erhebt, ist nämlich der Terrasse des Pergamon-Altares nachgebildet, und auf der Terrassenmauer entwickelt sich in trefflichen Abgüssen die Gigantomachie. In gleicher Breite, wie sie für Pergamon ermittelt worden, durchbricht eine gewaltige Freitreppe den Zug dieser Mauer, so daß das von der Vorderfront des Altarunterbaues gegebene Bild ein in Maß und Anordnung gänzlich getreues ist. Die Langseiten des Unterbaues dagegen sind nur mit einem Theile ihrer Länge dargestellt; von hier aus erfolgt die Entwicklung des Bilderfrieses auf zwei im Winkel abkröpfenden Mauerlängen. Die über diesem Unterbau emporstrebende Façade ist die östliche des Zeustempels. Sie trägt in Abgüssen die Giebelfiguren, die Bildwerke der Metopen und eine den First krönende Nike. Auch hier sind die Langseiten des Originalbauwerks nur auf eine kurze Länge wiedergegeben; dann folgen zwei massigschlichte Thurmbauten, welche den Uebergang zwischen der hellenischen Säulenarchitektur und einem einfachen, in moderner Bauweise hergestellten halbrunden Hinterhause abgeben, das in seinem Innern ein gewaltiges Halb-Panoramabild birgt. Dieses Bildes Gegenstand ist eine restaurirte Ansicht der Stadt Pergamon. Das prächtige Halbrundgemälde, die alte Herrlichkeit der Stadt des Attalos — vielleicht sanguinischer Weise etwas übertrieben — vor dem staunenden Blick emporzaubernd, hat zur Grundlage die neuesten Ausgrabungen und Forschungen und baut sich auf hinter einem nicht wie sonst landschaftlich, sondern architektonisch behandelten Vorder- und Mittelgrunde. Es ist von den Malern Kips und Koch ausgeführt worden. Nur wenig östlich von dem Tempel erhebt sich auf einem niedrigen angeschütteten Hügel das Haus der Dioramen. Die letzteren haben Gegenstände und Ereignisse aus unseren afrikanischen Colonien zum Vorwurf, und die Beziehung auf den schwarzen Erdtheil hat die Architekten bestimmt, in diesem Bauwerk dem Beschauer einen zusammengedrängten Abriß

SLUB
Wir führen Wissen.